Für eilige Leser

am Dienstag morgen.

Der Zerfall an der russischen Front nimmt weiter zu; auch in der ukrainischen Armee ist er anscheinend nicht aufzuhalten.

Die Artillerietätigkeit an der Westfront hielt in gesteigertem Maße an; an verschiedenen Stellen hatten kleinere Unternehmungen unserer Erkunder Erfolg.

Elf feindliche Flugzeuge und ein Fesselballon wurden in den beiden letzten Tagen im Westen abgeschossen.

In der Struma-Ebene kam es mehrfach zu Vorfeldkämpfen, die für die Bulgaren erfolgreich waren.

Unsere Unterseeboote haben im westlichen Teile des Sperrgebiets um England, namentlich im Kermel- und St.-George-Kanal, wieder 19 000 Tonnen versenkt.

Staatssekretär Dr. v. Kühlmann hält heute Besprechungen mit den Parteiführern ab, um Mitteilungen über den Gang der Friedensverhandlungen zu machen.

Der Rat von Flandern hat einstimmig Flanderns volle Selbständigkeit beschlossen.

Die Streiks in Oesterreich sind überall beigelegt worden; die Arbeit wurde wieder aufgenommen.

In der Zweiten Kammer des sächsischen Landtags sprach sich Kultusminister Dr. Beck für einen Frieden aus, der unsere Zukunft wirtschaftlich, kulturell und politisch sichert.

Die nächste Butterverteilung in Dresden findet am Freitag und Sonnabend statt.

Wettervorhersage der amtl. sächs. Landeswetterwarte: **Zeitweise trüb, etwas kälter, meist trocken.**

Wenn wir aber mit der Ukraine zu einer Einigung gelangt sind, wenn die rumänischen Soldaten aus den moldischen Gouvernements die Waffen niederlegen können, dann wäre es Wahnsinn von Herrn Trotzky, die Verhandlungen scheitern zu lassen, dann kann er gar nicht anders mehr, als eben jetzt die Friedensfrage mit größerem Ernste zu behandeln, als es bisher geschehen ist. Schon im Dezember hat der Präsident des ukrainischen Generalsekretariats in dem amtlichen Organ der Rada das Recht beansprucht, unabhängig von den russischen Volkskommissaren Frieden zu schließen. Dieses Recht ist von Herrn Trotzky in Brest-Litowsk anerkannt worden, es ist also kein Zweifel darüber möglich, daß ein Friedensvertrag der Mittelmächte mit der Ukraine volle staatsrechtliche Geltung auch in den Augen der Petersburger Machthaber haben müßte.

Mit leeren Händen kehrte Herr Trotzky nach Petersburg zurück, mit leeren Händen tritt er vor das Heer, das den Frieden will und sich um das Schicksal der Ostseeprovinzen so wenig kümmert, daß es sogar bereit wäre, um den Preis des Friedens ihrer Annexion durch Deutschland zuzustimmen. Wir angesichts dieser Verhältnisse noch die Stimme erhebt zugunsten eines deutschen Verzichts im Osten, der vernichtet nicht nur dem deutschen Volke jede Aussicht auf künftige weltpolitische Freiheit, auf die Befestigung vom russischen Drucke, nein, der verlängert auch den Krieg, indem er, ohne es zu wollen, Lenin und Trotzky in die Arme der russischen Imperialisten treibt, also einen Fehler begeht, der sich schon im vorigen Jahre im Falle Kerenski schwer gerächt hat. Nur der Friedenswille vermag unsere Gegner zu überzeugen, hinter dem die Macht steht, nur dann werden wir den Frieden haben, den wir brauchen, wenn wir entschlossen sind, von den Machtmitteln, die uns die Vorsehung in die Hand gegeben hat, Gebrauch zu machen.

Die neuen Wirren in Rußland.

Die verfassunggebende Versammlung hat nur eine kurze Lebensdauer gehabt. Sie ist von den Bolschewiki aufgelöst worden, weil sie sich nicht Hals über Kopf in das von diesen ausgestellte sozialistische Programm radikalster Färbung hineinstürzen wollte und weil sie mit den Sonderfriedensverhandlungen in Brest-Litowsk nicht einverstanden war, sondern einen allgemeinen Frieden haben wollte. Es bleibt abzuwarten, welche weiteren Maßnahmen die Bolschewiki nunmehr beschließen und ob sie imstande sein werden, sich noch ferner auf Grund von solcher Gewaltpolitik als Herren der Lage zu behaupten. Von Aussicht auf Ruhe im Lande ist einstweilen noch keine Rede. Die Gerüchte über eine Gegenrevolution wollen nicht verstummen, örtliche Kämpfe sind vielfach im Gange, und dazu erscheint das Gespenst einer Hungersnot in drohenden Umrissen am Horizont. Ein einheitlicher Wille besteht nur insofern, als der Frieden von allen Seiten mit dem denkbar größten Nachdruck gefordert wird. Besonders bezeichnend für die alle anderen Rücksichten in den Hintergrund drängende Friedenssehnsucht ist der von den russischen Truppen an uns gerichtete Wunsch, daß wir selbst im Falle des Scheiterns der Verhandlungen die Feindseligkeiten nicht wieder aufnehmen möchten. Im einzelnen liegen folgende Meldungen vor:

Basel, 21. Jan. Die „Daily News" meldet aus Petersburg vom Freitag, also vor Auflösung der Konstituante: Der ganze Arbeiterstand wird bewaffnet, und die besitzenden Klassen werden entwaffnet. Ueber die Stadt Petersburg ist der Belagerungszustand verhängt worden, die Zugänge zum Taurischen Palast sind besetzt.

Reuter meldet aus Petersburg vom 19. d. M.: Die konstituierende Versammlung beschloß mit 275 gegen 140 Stimmen, die Beratung der von Swordlow verlesenen Erklärung der Arbeiterrechte, die verlangt, daß die russische Republik der Sowjets das Privateigentum abschafft und das Eigentum der Arbeiter an ihrer Arbeit und den Arbeitszwang einführt, daß die Arbeiter bewaffnet und die müßigen Klassen entwaffnet werden, daß eine sozialistische Armee geschaffen und die Anleihen für ungültig erklärt werden, zu vertagen. Die Bolschewiki und die linksstehenden Sozialrevolutionäre verließen hierauf den Saal, während die zurückbleibenden Sozialrevolutionäre der Rechten trotz der Drohungen des in den Gängen aufgestellten, mit Gewehr und Bajonett bewaffneten Militärs den Vorschlag annahmen, an die Kriegführenden Abordnungen zu schicken, um einen Weltfrieden herzustellen. (W. T. B.)

Hierauf erfolgte die Auflösung der Konstituante.

Die Petersburger Regierung verbreitet folgenden Funkspruch: Petersburg, den 19. Januar 1918. Gestern, am 18. Januar, wurde die konstituierende Versammlung eröffnet. Die Versammlung hat der Genosse Swerdlow eröffnet. Zum Vorsitzenden wurde Tschernow gewählt. Der Genosse Swerdlow schlug im Namen des Zentral- und Vollzugsausschusses der konstituierenden Versammlung vor, die Macht der Räte und alle Dekrete, die vom Rate der Volkskommissare veröffentlicht wurden, bis zur Klarstellung der Beziehungen der konstituierenden Versammlung zur Regierung der Räte anzuerkennen. Die Mitglieder der konstituierenden Versammlung, und zwar die der bolschewistischen und der linken sozialrevolutionären Fraktion, verließen den Sitzungssaal. Am Tage der Eröffnung der konstituierenden Versammlung fanden Kundgebungen statt. Die Soldaten, Arbeiter und Matrosen haben an den Kundgebungen nicht teilgenommen. In Petersburg wurde ein marinerevolutionärer Ausschuß gebildet. Die Ordnung in der Stadt wird durch Matrosen und die Soldaten der Roten Garde aufrechterhalten. Der Führer der politischen Abteilung: Raschkow. (W. T. B.)

Der Zerfall des russischen Heeres.

Das stramme und militärische Verhalten unserer Truppen macht auf die russischen Truppen großen Eindruck. Die Achtung und das persönliche Vertrauen zu unseren Truppen wächst.

Die aus der russischen Front vorliegenden Nachrichten bestätigen erneut die trostlosen Verhältnisse und daß die maximalistische Regierung nicht in der Lage ist, durch Hinweis auf ihr Heer irgendwelchen Forderungen Nachdruck zu verleihen. An der ganzen russischen Front ist eine starke Verminderung der Frontstärken festzustellen. Die Frontstärken sind durch massenhafte Einzeldesertionen geschwächt. Zu diesen schwachen Ständen kommt die innerpolitische Spaltung, der gänzliche Mangel irgendeiner Führung und eines Einflusses von Offizieren, ferner Verpflegungsmangel und die Einstellung der Tätigkeit bei der Kriegsindustrie. Der Abzug der großrussischen Truppen aus der ukrainischen Front nimmt zu. Der Zerfall an der russischen Front nimmt zu; auch in der ukrainischen Armee ist er anscheinend nicht aufzuhalten. Die französischen und englischen Offiziere aus Rußland sind anscheinend zur rumänischen Armee geflüchtet. An der russischen Front sind in letzter Zeit Ententeoffiziere nicht mehr festgestellt worden.

Die russischen Truppen äußern den Wunsch, daß selbst im Falle des Abbruches der Verhandlungen wir die Feindseligkeiten nicht wieder aufnehmen möchten. Der mit Ungeduld erwartete Friede müsse trotzdem kommen, die an uns gestellte Forderung, die besetzten Gebiete zu räumen, sei unberechtigt. Die Rückwirkung des Gerüchts vom Scheitern der Verhandlungen ist also, daß die Soldaten trotzdem nach Hause gehen oder überlaufen wollen.

Vor neuen Unruhen in Petersburg?

Amsterdam, 21. Jan. Laut Meldung der „Daily News" aus Petersburg vom 18. d. M. läuft das Gerücht, daß Sawinkow, Filonenko und Kerenski, die bisher bei Kaledin waren, nach Petersburg zurückgekehrt seien. In der ganzen Stadt herrsche eine eigentümliche Spannung, wie sie auch vor den früheren Unruhen wahrzunehmen war. (W. T. B.)

Bern, 21. Jan. Der Petersburger Berichterstatter des „Corriere della Sera" drahtet, daß Hunderte von Verhaftungen vorgenommen wurden. In verschiedenen Stadtteilen haben Straßenkämpfe mit Gewehr- und Maschinengewehrfeuer begonnen. An mehreren Stellen wurden bereits Barrikaden errichtet. Einige von Kronstadt eingetroffene Kriegsschiffe griffen in den Kampf ein. (W. T. B.)

Basel, 21. Jan. (Eig. Drahtmeld.) „Daily Mail" meldet indirekt aus Petersburg vom Freitag, daß die Telephonverbindungen der Botschafter am Freitag abgeschnitten wurden. — In den Londoner Zeitungen fehlen seit Sonnabend früh die privaten Telegramme aus Petersburg.

Pressestimme zu der Einigung mit der Ukraine.

(Drahtmeldung unseres Kölner Mitarbeiters.)

Köln, 21. Jan. Zu dem Uebereinkommen mit den Vertretern der Ukraine schreibt die „Köln. Ztg.": Das Ergebnis der verschiedenen Haltung der Ukrainer und der Bolschewiki wird sein, daß die Spaltung im Innern Rußlands besiegelt ist; daß das südliche Rußland eher zu der so nötigen Festigung kommen wird als das nördliche, dem der Bürgerkrieg mehr denn je droht und damit die völlige Zerrüttung; daß Kiew den Vorrang gewinnt im neuen russischen Reiche. Jahrhundertelang haben erst Moskau, dann Petersburg die Länder des früheren Staates von Kiew niedergehalten und seiner Volkskraft nur sich bedient, rücksichtslos, wie es Rußlands Art ist. Nun sinkt mit einem Male der Schwerpunkt in dem gewaltigen Reich der verflossenen Zaren nach Süden wieder. So haben die Ukrainer denn den vollen Gewinn ihrer Selbständigkeitsbewegung gewonnen. Die praktische Klugheit, mit der sie ihn zu erlangen wußten, ist ein Anzeichen dafür daß sie auch für den Ausbau des Staates im Innern reale Politik treiben werden.

Lloyd Georges Kriegszielrede.

In seiner bereits auszugsweise mitgeteilten Unterredung mit Gewerkschaftsvertretern äußerte Lloyd George weiter:

Es sei viel besser, daß die Arbeiter zuerst die Ansichten ihrer eigenen Regierung ummodellieren. Die englischen Arbeiter sollten das mit ihrer Regierung tun und insbesondere mit seiner Regierung. Ein Delegierter fragte, ob die Regierung ebenjolche Mittel gebraucht habe, ihre Vorschläge den Mittelmächten zu unterbreiten, wie diese ihrerseits. Lloyd George antwortete, die Delegierten könnten sich darauf verlassen, daß die Regierung Frieden schließen würde, wenn irgend eine begründete Aussicht bestände, unter Bedingungen, die für sie (die Delegierten) ehrenhaft wären, Frieden zu schließen. Es ist Aufgabe der Regierung, auf Entdeckungen auszugehen. Wir wachen und beobachten natürlich fortwährend, ob irgendwelche Anzeichen dafür vorhanden sind, daß die deutsche Regierung wieder vernünftig wird. Leider muß ich sagen, können wir nichts anderes entdecken, als völlige Verhärtung und feste Entschlossenheit, einen rein militärischen Triumph zu erzielen. Ueber den Ausdruck der

Freiheit der Meere

befragt, sagte Lloyd George: Ich möchte gern wissen, was die Freiheit der Meere bedeutet. Bedeutet sie Befreiung von den Unterseebooten oder Aushungerung dieses Landes? Wir müssen uns aber sorgfältig vor jedem Versuche einer Störung unseres Küstenschutzes hüten und ebenso vor jeder Störung unserer Schiffahrt. Ein Delegierter fragte: Ist der Premierminister willens, angesichts der erklärten Einstimmigkeit der Alliierten mit den Kriegszielen, dieser Versammlung zu erklären, daß Schritte unternommen wurden, um die

Kriegsziele Amerikas und der Alliierten

zu konsolidieren, damit Deutschland eine einheitliche Front entgegengestellt werde? Lloyd George antwortete: Wir hofften auf der großen Konferenz in Paris, die vor etwa zwei Monaten arbeitete, dazu in der Lage zu sein. Die Vertreter der russischen Regierung kamen herüber. Aber hier ereilte sie das Verhängnis. Es war ganz unmöglich, eine Koordinierung der Kriegsziele der Alliierten in Abwesenheit von Vertretern der russischen Regierung zu versuchen. Das war die Ursache, warum die Beratungen darüber nicht begannen. Konstantinopel war eins der Probleme. Wir hatten Konstantinopel als Kriegsziel ohne Zustimmung der russischen Regierung nicht fallen lassen können. Ich gebe zu, daß eine neuerliche Zusammenkunft wünschenswert wäre, wenn über die Kriegsziele der Alliierten, die von Wilson und mir dargelegt wurden, irgend ein Zweifel bestände. Aber bisher herrschte nur völlige Uebereinstimmung. — Ein Delegierter fragte: Will Lloyd George erklären, was er unter „Reconsideration der Stellung Elsaß-Lothringens" versteht. Lloyd George antwortete:

Elsaß-Lothringen

war für die Franzosen 40 Jahre lang eine offene Wunde. Sie konnten während dieser Zeit nicht in Frieden leben. Ihre Ansicht ist zweifellos, daß es keinen Frieden mit Frankreich gibt, bis diese Frage ein für allemal erledigt ist, und daß diese Angelegenheit beschleunigt werden muß, wenn es nicht zu einer ganzen Reihe von Kriegen in Europa kommen soll. Unsere Ansicht ist deshalb, daß das französische Volk in erster Linie zu entscheiden hat, was es als Gerechtigkeit betrachtet. Die Regierung ist entschlossen, der französischen Demokratie in ihrem Kampfe beizustehen. Ein Delegierter fragte: Ist es das französische Volk oder das Volk Lothringens, das über seine Lage klagt. Lloyd George antwortete: Ein sehr beträchtlicher Teil der elsaß-lothringischen Bevölkerung wurde von den Deutschen gewaltsam expropriiert. Einige von ihnen wurden aus dem Lande vertrieben. Wenn Ihr die wirkliche Bevölkerung von Elsaß-Lothringen nehmt, so besteht kein Zweifel, daß die überwiegende Mehrzahl für die Rückkehr unter französische Flagge ist. — Ein Delegierter fragte, ob Lloyd George sich sofort verpflichten wolle, daß im Falle einer Erzielung eines Abkommens, wie es von ihm angedeutet wurde,

die militärische Dienstpflicht

ohne Verzug in England rückgängig gemacht würde. Lloyd George antwortete: Ich hoffe es. Wir kämpfen darum, daß nicht nur im eigenen Lande, sondern in allen Ländern Verhältnisse eintreten, die die Dienstpflicht rückgängig machen. Wir wollen das, was jetzt geschieht, für immer unmöglich machen. Die Frage ist nicht, ob wir der Dienstpflicht in diesem Lande ein Ende machen, Ihr müßt ihr in allen Ländern ein Ende machen. (W. T. B.)

Lloyd George, der „gern wissen möchte, was die Freiheit der Meere bedeutet", ist ein Schauspiel für Götter.

Lloyd George und die Gewerkschaften.

(Eigene Drahtmeldung.)

Genf, 21. Jan. „Petit Journal" meldet aus London: In seiner Unterredung mit den Vertretern der englischen Gewerkschaften wies Lloyd George auch auf das Ausbleiben einer offiziellen Zustimmungskundgebung der englischen Gewerkschaften zu seiner letzten Kriegszielrede hin. Der Premierminister hielt die baldige entschlossene Kundgebung der Gewerkschaften für die energische Fortsetzung des Krieges bis zur Befreiung Belgiens als im Interesse der gesamten Kriegsführung für äußerst wichtig.

Die Unterbindung des neutralen Schiffsverkehrs durch Amerika.

Christiania, 21. Jan. Die Blätter veröffentlichen neue, am 1. Februar 1918 in Kraft tretende amerikanische Bunkerbestimmungen. Danach wird der gesamte neutrale Schiffsraum unter die Kontrolle der amerikanischen Behörden der Alliierten gestellt. Die neutralen Reeder müssen sich verpflichten, keine Verbindung mit den Mittelmächten zu unterhalten, keine Untertanen der Mittelmächte zu befördern, sowie nur Waren, die von den amerikanischen Behörden im voraus gutgeheißen sind, und ihre Kapitäne und Schiffsbesatzungen auf Verlangen der amerikanischen Behörde entlassen. „Tidens Tegn" bezeichnet diese Bedingungen als weit strenger als die englischen. Sie stellten eine ernste Warnung dar, da sie jeden Schiffsverkehr unmöglich machten, falls keine Verständigung mit Amerika erzielt würde. (W. T. B.)

Stockholm, 21. Jan. Ueber die englisch-schwedischen Tonnageverhandlungen meldet „Aftonbladet", daß Schweden auch die jetzt zwischen England und Gotenburg verkehrenden Kohlendampfer in englischen Dienst stellen will, und zwar zu Fahrten im englischen Kanal. Es handelt sich dabei um 40 000 Tonnen. „Stockh. Tagbl." hat über die Richtigkeit der gemachten Angaben beim Auswärtigen Amte angefragt, konnte jedoch dort keinen Bescheid erhalten. Doch hört das Blatt von wohlunterrichteter Seite, daß ein Vorschlag in dem bezeichneten Sinne wirklich vorliegt. Die genannte Zeitung erfährt: Die schwedischen Unterhändler suchten die Regierung zu einem derartigen Abkommen vor allem durch den Hinweis zu bewegen, daß England andernfalls die in seinen Häfen liegenden schwedischen Schiffe gewaltsam beschlagnahmen werde. — „Stockh. Tagbl." bemerkt hierzu, man müsse schon jetzt bestimmteste Verwahrung dagegen einlegen, daß man schwedischerseits die Neigung verrate, sich vor einer solchen englischen Drohung zu beugen. (W. T. B.)

Bevorstehende Mitteilungen der deutschen Regierung über Brest-Litowsk.

(Eigene Drahtmeldung.)

Berlin, 21. Jan. Staatssekretär v. Kühlmann hat für morgen nachmittag die Führer der Reichstagsparteien in das Auswärtige Amt geladen, um ihnen wichtige Mitteilungen über den Stand der Dinge in Brest-Litowsk zu machen. Wie in parlamentarischen Kreisen zuverlässig verlautet, wird die Kanzlerrede am kommenden Donnerstag im Hauptausschuß auch die Möglichkeiten eines allgemeinen Friedens eingehend erörtern. Der Kanzler hat sich entschlossen, in seiner Rede am Donnerstag auf die neueste Botschaft Wilsons zu antworten.

Einberufung des nationalliberalen Parteivorstandes.

Der Geschäftsführende Ausschuß der nationalliberalen Partei beschloß, nach einer Mitteilung der „Deutschen Ztg.", den Zentralvorstand für den Monat Februar einzuberufen, sobald sich aus den mit Rußland geführten Verhandlungen ein klares Bild der politischen Lage gewinnen lasse.

Die Selbständigkeit Flanderns.

Das zentralflämische Pressebureau veröffentlicht folgende Mitteilung des Rates von Flandern: Entsprechend dem in seinen ersten Kundgebungen vor Jahresfrist aufgestellten Zielen hat der Rat von Flandern in seiner allgemeinen Versammlung vom 20. Dezember 1917 feierlichst und einstimmig Flanderns volle Selbständigkeit beschlossen. In Verfolg dieser Erklärung legte der Rat von Flandern sein ihm von der flämischen Landestagung vom 4. Februar 1917 übertragenes Mandat nieder und wird sich einer Neuwahl unterziehen. (W. T. B.)

Die Kriegslage der deutschen Zeitungen.

Die „D. Parl.-Corr." berichtet: Die Opfer, welche der Krieg von dem deutschen Zeitungswesen fordert, sind andauernd ganz bedeutende und finden auch nicht annähernd einen Ausgleich in den im Laufe der Kriegszeit notwendig gewordenen Erhöhungen, da diese durch die fortgesetzten Preissteigerungen für Papier und sonstige Rohmaterialien weit übertroffen werden. Einen ziffernmäßigen Beweis hierfür liefert der Haushaltplan des „Deutschen Reichs- und preußischen Staatsanzeigers" für 1918, eines Zeitungsbetriebes, der unter günstigeren Bedingungen noch arbeitet als jeder andere Zeitungsverlag. Während bei dem Vertrieb des „Reichsanzeigers" mit einem Rückgang der Einnahmen um 10 400 Mk. gerechnet wird, schätzt man das Mehr bei den Einrückungsgebühren auf 53 000 Mk., dem aber eine Mehrausgabe infolge der Steigerung der Satzlöhne, des Papierpreises und der Preise der sonstigen Rohstoffe von 170 000 Mk. gegenübersteht, so daß das Reich und der preußische Staat aus diesem Betriebe im nächsten Rechnungsjahre rund 120 000 Mk. weniger erhalten werden.

Zulage zu den Unfallrenten.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 21. Jan. Der Bundesrat hat beschlossen, daß die Empfänger von Verletztenrenten aus der Unfallversicherung eine monatliche Zulage von 8 Mk. zu ihrer Rente beantragen können, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind: 1. Die Rente, die der Verletzte gegenwärtig bezieht, muß mindestens eine solche von zwei Dritteln der Vollrente sein; 2. der Verletzte muß sich im Inlande aufhalten; 3. es dürfen nicht Tatsachen vorliegen, die die Annahme rechtfertigen, daß die Zulage nicht benötigt wird. Der Antrag ist an den Versicherungsträger oder das Versicherungsamt zu richten, gegen dessen Entscheidung der Antragsteller binnen einem Monat nach Zustellung Einspruch beim Oberversicherungsamt einlegen kann. Die Zulagen werden vom 1. Februar 1918 bis zum 31. März 1918 gewährt und durch die Post ausgezahlt.

Die Streiks in Oesterreich beigelegt.

Die gemeldeten Teilstreiks in Wien und anderen Städten Oesterreichs sind nach kurzer Dauer durch eine Verständigung mit den Arbeitern über deren Forderungen beigelegt worden. Die Arbeit wurde in allen Betrieben wieder aufgenommen.